Atomwaffen

Offenes Geheimnis

Die Bundeswehr will nicht öffentlich darüber diskutieren, dass auf dem deutschen Fliegerhorst Büchel in der Eifel amerikanische Atomwaffen lagern, obwohl das schon lange bekannt ist. Luftwaffeninspekteur Karl Müllner untersagte jetzt dem ehemaligen Befehlshaber des betreffenden „Tornado"-Geschwaders, als Zeuge vor Gericht in einem Strafverfahren auszusagen. Anlass war eine Aktion des Atomwaffengegners Hermann Theisen. Er soll sich strafbar gemacht haben, weil er vor den Toren des Luftwaffenstützpunkts ein Flugblatt an Soldaten verteilt und sie aufgefordert hatte, „die Öffentlichkeit umfassend" über die Stationierung atomarer Waffen auf ihrem Fliegerhorst zu informieren. Theisens Wunsch, den Oberst, der seine Strafverfolgung initiiert hatte, als Zeugen vor Gericht zu hören, lehnte Müllner ab. Begründung: Die Frage der Stationierung dieser Waffen unterliege „der Geheimhaltung". Die Verhandlung ist für Ende Februar vor dem Amtsgericht Cochem angesetzt. on



ANDREAS WALZ / ACTION PRESS

Fliegerhorst Büchel

NS-Vergangenheit

Braune Parlamentarier

Die Fraktionen im Bundestag werden sich mit der nationalsozialistischen Vergangenheit ehemaliger Parlamentarier beschäftigen müssen. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) will ihnen eine interne Projektskizze der „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien" zuleiten. Die Kommission – ein vom Bundestag gefördertes Forschungsinstitut – schlägt darin vor, die NS-Vergangenheit der mehr als 2600 Parlamentarier aus Bundestag und DDR-Volkskammer zu recherchieren, die vor 1929 geboren wurden. Dazu gehören Helmut Schmidt, Franz Josef Strauß, Hans-Dietrich Genscher und Richard von Weizsäcker. Der letzte Volksvertreter aus dem Jahrgang 1928, der parteilose Fred Gebhardt, war mit seinem Tod im Jahr 2000 ausgeschieden. Die Projektskizze liegt seit 2013 vor, bislang schreckte der Bundestag vor einer Auftragsvergabe allerdings zurück. Doch vergangene Woche forderten mehrere prominente Historiker in einer Studie, auch der Bundestag müsse seine Geschichte auf NS-Belastung hin untersuchen lassen. Kurios daran: Das Parlament hatte die Wissenschaftler selbst beauftragt zu klären, bei welchen Institutionen noch „Forschungsbedarf" bestehe. klw

Werkverträge

Nahles gibt nach

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) hat ihren Gesetzentwurf zur Regulierung von Werkverträgen und Zeitarbeit entscheidend nachgebessert. Damit reagierte sie auf Kritik aus der Wirtschaft. Es ging vor allem um acht Kriterien, die festlegen sollten, wann es sich nicht etwa um einen Werkvertrag, sondern um ein normales Angestelltenverhältnis handelt. Diese umstrittenen Kriterien hat Nahles jetzt gestrichen. Stattdessen soll nun die „wörtliche Wiedergabe der Leitsätze der höchstrichterlichen Rechtsprechung" zur Abgrenzung dienen. Arbeitsrechtler hatten moniert, dass die Ursprungsfassung in der modernen Erwerbswelt nicht für eine derartige Unterscheidung geeignet sei. Mit dem Gesetz soll der Missbrauch von Werkverträgen gestoppt werden. Vor allem die Zustände in Schlachthöfen hatten Aufsehen erregt, weil dort viele Arbeitskräfte zu Niedrigstlöhnen über derartige Vereinbarungen beschäftigt wurden. Nach monatelanger Verzögerung soll der Referentenentwurf bald in die Ressortabstimmung gehen und im März vom Kabinett beschlossen werden. cos, mad

Union

Merkel-Kritiker formieren sich

Innerhalb der CDU wächst der Widerstand gegen die Flüchtlingspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Am Sonntag wollen sich in Berlin junge Unionspolitiker treffen, die sich unter dem Namen CDU2017 zusammengeschlossen haben. Dabei soll es darum gehen, „kritisch die bisherige europäische Flüchtlingspolitik zu reflektieren", wie es heißt. Unter ihnen sind viele Bundestagsabgeordnete, so etwa das CDU-Präsidiumsmitglied Jens Spahn. Er hatte im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise von einer Art Staatsversagen geschrieben. Zu den Teilnehmern des Treffens gehören auch Botschafter aus Ungarn und Polen. Die Regierungen beider Staaten kritisieren den deutschen Kurs scharf. Prominentester Gast ist Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble. Viele Unionsabgeordnete sehen in ihm einen möglichen Nachfolger von Merkel, falls sie über die Flüchtlingspolitik stürzen sollte. ran



MICHAEL KAPPELER / PICTURE ALLIANCE / DPA

Schäuble, Spahn

Grüne

Trittin gegen Kretschmann-Deal

Der grüne Außenpolitiker Jürgen Trittin fordert seine Parteikollegen im Bundesrat auf, der Erweiterung der Liste sicherer Herkunftsstaaten um Marokko, Tunesien und Algerien nicht zuzustimmen: „Amnesty International, aber auch das US State Department kritisieren die Menschenrechtslage in den Maghreb-Staaten. Deutsche Stiftungen ziehen ihre Mitarbeiter wegen der Sicherheitslage ab. Diese Fakten kann man nicht einfach ausblenden", so Trittin. Sein Parteifreund Winfried Kretschmann, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, ist Verhandlungsführer der Grünen im Bundesrat. Er hatte signalisiert, dem Vorhaben zuzustimmen – wenn im Gegenzug beispielsweise eine liberale Altfallregelung Teil des Pakets wäre. Trittin kritisiert diese Taktik: „Man sollte so etwas nicht innenpolitisch verdealen. Wir dürfen nicht von der Bekämpfung von Fluchtursachen reden, diese dann aber per Bundesratsbeschluss einfach für nicht existent erklären." bs